

EU und Land OÖ sichern bäuerliche Landwirtschaft

Die ÖVP- und Bauernbund-Abgeordnete zum europäischen Parlament, Simone Schmiedtbauer, tourte bereits gestern in Oberösterreich in den Bezirken Schärding und Grieskirchen und ist heute im Bezirk Urfahr-Umgebung bei Landes- und Bezirksbäuerin Johanna Haider und Bauernbund-Bezirksobmann Peter Preuer zu Besuch. Oberösterreichs Landwirtschaft ist durch ihre Vielfalt geprägt und ist im Bundesländervergleich ein führendes Agrar-Produktionsland. Die neue Gemeinsame Agrarpolitik 2023 (GAP) und die Unterstützungen seitens des Landes OÖ schaffen die Grundlage für die Absicherung der bäuerlichen Familienbetriebe und der heimischen Lebensmittelerzeugung.

In Oberösterreich gibt es rund 30.000 landwirtschaftliche Familienbetriebe. Diese erwirtschaften jährlich einen Produktionswert von ungefähr zwei Milliarden Euro. Oberösterreichs Bäuerinnen und Bauern sind innovativ und stets offen für Veränderungen und neue Produktionstechniken. Dabei liegen ihnen besonders der Umwelt- und Tierschutz und damit die Produktion von hochqualitativen Lebensmitteln am Herzen.

Oberösterreichs Landwirtschaft ist vielfältig

Der Besuch von MdEP Simone Schmiedtbauer führte auf einige landwirtschaftliche Betriebe im Bezirk Urfahr. Die Produktionssparten dieser Betriebe sind vielfältig und erstrecken sich von der klassischen Milchvieh- und Legehennenhaltung bis hin zur Damwildhaltung, der Speiseölproduktion und der Direktvermarktung. Zwei der besuchten Betriebe haben inzwischen auch in eine Photovoltaikanlage auf den Dächern investiert, wobei einer der beiden Betriebe zusätzlich eine Speicheranlage angekauft hat. „Die Unabhängigkeit von Strom ist für landwirtschaftliche Betriebe sehr wichtig. Melkmaschinen, Stalllüftungen und vieles andere funktionieren nicht ohne Strom. Es macht daher wirklich großen Sinn, in Photovoltaik- und Speicheranlagen gerade auch in Hinblick der Eigenversorgung Österreichs mit Lebensmitteln, zu investieren“, so Bauernbund Bezirksobmann Peter Preuer.

Globale Ernährungssicherheit

Die Menschen in Europa, aber auch in anderen Teilen der Erde bekommen die Auswirkungen des kriegerischen Konfliktes in der Ukraine deutlich zu spüren. Eine Folge des Krieges ist die Behinderung internationaler Warenströme, besonders bei Getreideexporten. Die Ukraine ist ein sehr fruchtbares Land und zählt zu den weltweit größten Getreideexporteuren. Durch die ausgebliebenen Getreideexporte und die dadurch gestiegenen Preise können sich besonders viele Menschen in Afrika ihr täglich Brot nicht mehr leisten.

„Die "Solidarity Lanes", die bereits vor Monaten von der EU-Kommission vorgestellt wurden sollen den Export von ukrainischem Getreide, vor allem Brotweizen, über Europa in jene Teile der Welt erleichtern, wo dieses Getreide dringend gebraucht wird. Leider hat sich bei einer Erkundungsmission des Agrarausschusses an die polnisch-ukrainische Grenze gezeigt, dass die "Solidarity Lanes" bisher nicht die erhofften Verbesserungen gebracht haben. Die EU-Kommission muss sicherstellen, dass die EU-Instrumente in dieser Krise auch tatsächlich Wirkung zeigen. Wir müssen schnellstmöglich alternative Exportrouten für ukrainische Agrarprodukte ausbauen. Die Zahl der Menschen, die von

akuter Ernährungsunsicherheit betroffen sind, hat sich seit Anfang 2020 mehr als verdoppelt. 345 Millionen Kinder, Frauen und Männer sind betroffen. Das Schicksal dieser Menschen geht mir sehr nahe und für mich ist ganz klar, dass wir alles in unserer Macht stehende tun müssen, um so vielen Menschen wie möglich zu helfen“, erklärt MdEP Simone Schmiedtbauer.

Green Deal im Widerspruch zur europäischen Versorgungssicherheit

Volle Lebensmittelregale soweit das Auge reicht. Das ist für die meisten Menschen in Österreich selbstverständlich. Nur mehr die ältere Bevölkerung kann sich an Hunger und generell „schlechte Zeiten“ erinnern. Der Green Deal bzw. die von der EU-Kommission angedachte Farm-to-Fork-Strategie gefährdet in ihrer jetzigen Form die europäische Landwirtschaft und die Ernährungssouveränität. In einer eigenen Machbarkeitsstudie hat die EU-Kommission veröffentlicht, dass die Umsetzung der Farm-to-Fork-Strategie (Reduzierung der Düngung, des Pflanzenschutzes) einen Produktionsrückgang von 15 Prozent zur Folge hätte.

"Zuletzt hat die EU-Kommission Gesetzesentwürfe zur Pflanzenschutzreduktion und zur Renaturierung präsentiert. Darin fordert sie unter anderem 50 Prozent weniger Pflanzenschutzmittel-Einsatz bis 2030. Die Vorschläge kommen zum falschen Zeitpunkt und ignorieren alle Stimmen, die auf eine Verschiebung gepocht haben. Wir dürfen unsere Produktion in Zeiten der Krise nicht einschränken. Gerade jetzt brauchen die Landwirtinnen und Landwirte einen vollen Werkzeugkasten. Der Green Deal muss ein Zukunftsprogramm werden, statt unsere Ernährungssicherheit und unsere bäuerlichen Familienbetriebe zu schwächen. Mit einseitigem Verboten ohne Alternativen aufzuzeigen kommen wir nicht weiter, daher muss die EU-Kommission ihren Kurs dringend korrigieren“, betont Schmiedtbauer.

Auch Landes- und Bezirksbäuerin Johanna Haider sieht das ähnlich.

„Wenn unser Essen durch den Green Deal nicht mehr in ausreichender Menge in Europa bzw. in Österreich erzeugt werden kann, dann kann der Green Deal in seiner jetzigen Form nicht zielführend sein. Eine Auslagerung der landwirtschaftlichen Produktion in Drittländer, welche unter weit geringeren Umweltstandards Nahrungsmittel produzieren, und diese dann wieder in die EU zu importieren, würde sich nicht nur negativ auf die heimische Landwirtschaft, sondern auch auf den Umweltschutz auswirken“, so Landesbäuerin Haider.

Oberösterreich investiert in Landwirtschaft und Regionen

Auf den oberösterreichischen Familienbetrieben werden laufend Investitionen, gerade in den Bereichen Tierwohl und Umweltschutz, getätigt. Vor allem die Bauern in Oberösterreich haben in der aktuellen EU-Förderperiode (geht noch bis 31.12.2022) viele Investitionen gemacht. 14.112 Anträge mit 26.014 Projekten und einem Fördervolumen von 312 Millionen Euro wurden im Rahmen der Investförderung genehmigt. Insgesamt wird in Oberösterreich bis Ende 2022 ein Fördervolumen von in etwa 346 Millionen Euro von den bäuerlichen Familienbetrieben abgerufen.

Zusätzlich werden durch den im Jahr 2020 vom Land OÖ ins Leben gerufene OÖ Plan 15 Millionen Euro in drei Tranchen in die Investförderung fließen. Die Jahre 2021 und 2022 sind schon ausgezahlt. Insgesamt haben Oberösterreichs Bauern in der laufenden GAP-Periode ein Investvolumen von 1,5 Milliarden Euro ausgelöst. Jeder investierte Euro kommt der heimischen Wirtschaft fünffach zugute.

„Die heimische Agrarpolitik hat mit der Investförderung die Grundlage für große Veränderungen und zukunftsweisende Projekte in der Landwirtschaft geschaffen. Es ist stets ein gutes Zeichen, wenn auf

den Höfen Investitionen getätigt werden. Die Gesellschaft profitiert davon nicht nur durch die Absicherung der Bauern als Produzenten hochqualitativer Lebensmittel, sondern auch durch die Erzeugung von Energie und nachwachsenden Baumaterialien, wie etwa Holz.

Ganz wichtig ist, dass die Konsumenten beim Einkauf heimischen Erzeugnissen den Vorzug geben. Das sichert einerseits das Einkommen der Bauern und gewährleistet andererseits Umweltschutz und Ressourcenschonung“, betont Landesbäuerin Haider und gibt zu bedenken, dass gelebter Umweltschutz bereits beim Einkauf im Lebensmittelgeschäft beginnt.

Oberösterreich – Land der Hofübernehmer

Innovativ, ehrgeizig und mit ganz konkreten Vorstellungen von der Zukunft ihres Hofes – das trifft auf unsere Hofübernehmer zu. Durchschnittlich werden jährlich rund 420 Anträge auf Existenzgründungsbeihilfe bei der Abteilung Land- und Forstwirtschaft des Landes OÖ eingereicht. In der laufenden Förderperiode wurden bereits 25,3 Millionen Euro an die oberösterreichischen Hofübernehmer ausbezahlt. Die Bauern dürfen dabei nicht älter als 40 Jahre sein, müssen ein Betriebskonzept vorlegen, zumindest eine landwirtschaftliche Facharbeiterprüfung absolviert haben und erstmals die Betriebsführung innehaben.

„Österreichs Landwirtschaft ist jung. Jeder fünfte bäuerliche Familienbetrieb wird in Österreich von einer Person unter 40 Jahren geführt. Die heimischen Bauern sind damit im EU-Vergleich am jüngsten. Im Durchschnitt der EU-Länder sind nur elf Prozent der Übernehmer unter 40 Jahre“, betont Bezirksobmann Peter Preuer.

Bezirksdaten Urfahr-Umgebung – Agrarstrukturerhebung 2020

Anzahl der Betriebe insgesamt: 2.159, davon Bio-Betriebe: 455

Haupterwerb: 823

Nebenerwerb: 1185

Anzahl Rinder: 37.593

Anzahl Hühner: 226.420

Anzahl Schweine: 19.895

+++

Rückfragenhinweis:

DI Michael Harant, BEd BSc

+43 732 773866 - 811

+43 664 8326212

michael.harant@ooe.bauernbund.at